

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post gehört vierteljährlich 2.10 M. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 M.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jarger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Hg., Postamt-
zeile 1.00 M. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 175.

Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 30. Juli 1919.

Jahrgang 1.

Was werden wird, ist dunkel. Wie die Welt sich wieder
gestalten wird, ist verborgen. Aber was geschehen muß, ist
hell und das übrige wird Gott richten. E. M. Arndt.

Länderschacher.

Von zuständiger Seite wird der „D. Allg. Ztg.“ zu der
Aufteilung Deutsch-Ostafrikas geschrieben:

Englands Länderschacher blüht: Der gigantische Plan
des britischen Imperialismus, der in das vollstündliche
Schlagwort Kap-Kairo zusammengefaßt war, ist restlos ver-
wirklicht: Die Osthälfte Afrikas ist britisch. Die einge-
sprengten italienischen und französischen Besitzungen am
Osthorn des Erdteils sowie das zurzeit noch unabhängige
„Kaiserreich“ Abyssinien sind nur geringfügige Schönheits-
fehler in dem einheitlichen Gesamtbild, und die größere
portugiesische Kolonie Mozambique ist bekanntlich schon
längst ein britisches Ausbuchtungsobjekt.

Ärgerlich aber wäre es jedem britischen Auge gewesen,
wäre auf der neuen Karte von Afrika der störende Zipfel
stehen geblieben, mit dem die belgische Kongokolonie tief
in das britische Rhodesien hineinschneidet. Dieses Gebiet
mußte englisch werden, das verstand sich für den Engländer
schon deshalb von selbst, weil es der wertvollste Teil des
Kongo ist: das berühmte Erzgebiet von Katanga. Man
wird nicht fehl gehen in der Annahme, daß es hauptsächlich
dieses Gebiet ist, das Belgien an England abzutreten hat.
Bedenkt man, daß der ganze Kongo etwa 18 Millionen,
ganz Kamerun nur etwa 4 Millionen Eingeborene zählt
und daß gerade das Katanga-Gebiet als besonders dünn
besiedelt gilt, so kann man sich vorstellen, wie großzügig
im Abtreten sich England hier erwiesen hat; denn es ver-
lautet, daß bei dieser Länderverschiebung 3 Millionen
Eingeborene aus belgischer in englische Hand übergehen.

Natürlich soll Belgien dafür, daß es den Engländern
recht und schlecht gegen uns in Ostafrika geholfen hat, nicht
nur mit der Ehre, ihnen ihr bestes Stück Kolonialland
schenken zu dürfen, bezahlt werden — es soll auch noch mit
einem Stück der gemeinsamen ostafrikanischen Beute abge-
geben werden. Vermutlich handelt es sich hierbei um die
nicht sehr umfangreichen, aber dicht bevölkerten Landschaften
Urundi und Ruanda im Nordwesten des Schutzgebiets. Das-
selbe England, das vor ein paar Jahren die ganze Welt mit
seinem Zetergeschrei über die belgischen Kongogrevell erfüllt
hat, überantwortet jetzt unbedenklich einige Millionen
unserer wohlhabendsten und intelligentesten Eingeborenen
der belgischen Kongoverwaltung — nur weil es die Erz-
gruben von Katanga haben will.

Oder haben das die Eingeborenen vielleicht so ge-
wünscht? Im Gegenteil. Englisch wollten die
Stämme Deutsch-Ostafrikas nicht werden,
das hat selbst die britische amtliche Berichterstattung zuge-
geben, so überwältigend waren die Beweise
rührender Treue und Anhänglichkeit der
schwarzen Bevölkerung an uns. Aber bel-
gisch werden sie noch viel weniger gern. Ein
Schrei der Angst und ohnmächtigen Wut wird durch die
Völker in der Nordwestküste Deutsch-Ostafrikas gehen, wenn
ihnen bekannt wird, welches Schicksal ihre „Befreier vom
deutschen Sklavendoch“ über sie verhängt haben. Die
Belgier haben diese herrlichen vichreichen Landschaften
schon während des Krieges provisorisch verwaltet. Sie
haben ihre liebe Not damit gehabt. Die Eingeborenen,
die unzufrieden mit der belgischen Herrschaft waren und
die Deutschen zurückzusehnten, haben sich wiederholt gegen
ihre belgischen „Erlöser“ erhoben — so wie es in anderen
Teilen Deutsch-Ostafrikas gegen die britischen „Befreier“
geschehen ist. Als dagegen zu Beginn des Krieges die
belgische Grenzinfanterie Jibowi im Kuwusee von der deutschen
Schutztruppe erobert wurde, da braute ein unbeschreiblicher
Jubelsturm durch die ganze Insel; von allen Bergen,
in allen Tälern und Buchten erschallten nicht endende Freuden-
triller: endlich, endlich hatte die belgische Qual
ein Ende!

Gegen den ausdrücklichen Willen der Völker, im Namen
der Freiheit und Gerechtigkeit zeichnet man in Versailles die
neue Karte von Afrika! Länder und Völker werden dort
genau wie in Europa vertauscht und verschoben.

als ob die Welt niemals den Sirenenklängen der Wilson-
schen Harfe gelauscht hätte. Und der Völkerverbund wird zu
allem seinen Segen geben, denn das ideale Ziel dieses
Völkerverbundes, Englands Gedeihen, wird ja erreicht. . . .

Die Abdankung des Kaisers.

Der 9. November 1918 in Spa.

Die rechtsstehende Presse veröffentlicht über die
Vorgänge des 9. November v. Js. im kaiserlichen
Hauptquartier in Spa einen ausführlichen Bericht,
für dessen Wichtigkeit die Herren Generalfeldmarschall
von Hindenburg, Generaloberst von Pfaffen, Staats-
sekretär a. D. von Hingge, General Freiherr von Mar-
schall und General Graf Schulenburg, soweit sie an
den einzelnen Ereignissen beteiligt sind, die volle
Zurechnung übernehmen. Der Bericht enthält im we-
sentlichen keine neuen Tatsachen. Nur die Stellung
des damaligen Staatssekretärs des Reiches v. Hingge
und seine Teilnahme an den entscheidenden Vorgän-
gen erscheint im neuen Lichte.

Während der Beratungen darüber, ob der Kai-
ser abdanken solle oder nicht, wurde, wie bekannt,
von Berlin aus immer wieder die Abdankung
verlangt. Als Grund für die sofortige Abdankung
wurde weiter angegeben, daß dieser Schritt die ein-
zige Möglichkeit sei, die Dynastie zu retten. Der
Entschluß müsse sofort gefaßt werden, es handle sich
nicht um Stunden, sondern um Minuten. Staatssekre-
tär v. Hingge erhob Einspruch gegen die Art des
Drängens auf Abdankung und gegen die Form, in der
es erfolgte.

Ein Befehl des Kaisers setzte der Staatssekretär
eine Erklärung an den Reichskanzler des Inhalts
auf, daß der Kaiser, um Blutvergießen zu vermeiden,
bereit sei, als Deutscher Kaiser abzutreten,
aber nicht als König von Preußen.

Der Kaiser wolle auch aus dem Grunde König
von Preußen bleiben, um zu vermeiden, daß durch
den bei seiner Abdankung erfolgenden gleichzeitigen
Abgang der Wehrmacht der Offiziere die Armee fühl-
los werde und sich auflöse. Der Kaiser wolle sei-
nen Bürgerkrieg, er würde für den Fall der Abdan-
kung als Deutscher Kaiser dem Feldmarschall von
Hindenburg befehlen, den Oberbefehl über das deutsche
Heer zu übernehmen, und selbst bei den preussischen
Truppen bleiben.

Als dann der Staatssekretär die inzwischen voll-
zogene Erklärung zu telefonieren begann, wurde er
vom Unterstaatssekretär Wahnschaffe unterbrochen,
„das nütze nichts, es müsse völlige Ab-
dankung ausgesprochen werden, und Herr v. Hingge
müsse zusehen, was ihm jetzt telefoniert werde.“
Nachdem der Staatssekretär v. Hingge hiergegen Ein-
spruch erhoben und verlangt hatte, daß zuvor der
Entschluß des Kaisers angehört werden müsse, geschah
dies, aber in unmittelbarem Anschluß daran wurde
mitgeteilt, daß bereits nachstehende Erklärung durch
Wolffs Bureau veröffentlicht worden wäre, die als-
bald auch durch Funkpruch bei einzelnen Trup-
pen bekannt geworden ist.

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen,
den Thron zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt
noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des
Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des deut-
schen Reichs und von Preußen und der Einsetzung der Re-
gentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsich-
tigt, den Regenten die Ernennung des Abgeordneten Erben
zum Reichskanzler . . . vorzuschlagen.“ . . .

Staatssekretär v. Hingge erhob auf der Stelle
gegen dieses Verfahren entschiedenen Protest und wie-
derholte sein Verlangen, den Reichskanzler persön-
lich zu sprechen. Der Prinz kam nunmehr und er-
klärte auf Hingges Frage, daß die Wolff-Depesche tat-
sächlich ausgegeben worden wäre, und daß er für sie
einträte. Prinz Max von Baden teilte die Ab-
dankung des Kaisers und diejenige des Kron-
prinzen veröffentlichten lassen, ohne vor-
her die Allerhöchste Ermächtigung hierzu
abzuwarten. Von einem Verzicht des Kron-
prinzen war außerdem bisher noch nicht die
Rede gewesen. Der Kronprinz war weder orien-
tiert, noch gefragt, noch gehört worden.

Abschließend wird dann gesagt: Der Reichskanz-
ler hatte also, ohne das Eintreffen der kaiserlichen
Entscheidung abzuwarten und im Gegenatz zu ihrem
Inhalt, die Abdankung als Kaiser und König der
Deutschnation und damit dem Deere bekanntgegeben.

Ein Verbleiben des Kaisers bei der Truppe und
der Versuch die unbefugte Veröffentlichung des Reichs-
kanzlers rückgängig zu machen, hieß nunmehr den
Bürgerkrieg sowie die Fortsetzung der Kämpfe
mit der Entente, damit aber den völligen Zusammen-
bruch Deutschlands heraufbeschwören. Den Bürgerkrieg
wollte der Kaiser dem Volke und seinem Heere, wie
er immer wieder betonte, unter allen Umständen er-
sparen; auch wollte der Kaiser vermeiden, daß seine
Person ein Hindernis bilde, erträgliche Bedingungen
für Waffenstillstand und Frieden zu erreichen. Er
stand unter dem nicht verschmerzbaren Eindruck, daß
ihn der erste Ratgeber der Krone, der Reichskanzler,
prelsgegeben hatte, daß Heer und Marine ihn ver-
lassen hatten und daß ihm der Weg zur Heimat
und zur Front verschlossen war.

Um die Auslieferung Kaiser Wilhelms.

Der Pariser Korrespondent der „Chicago Tribune“ be-
spricht die Haltung der deutschen Regierung
hinsichtlich des Prozesses gegen den Kaiser. Die deutsche
Regierung hat erklärt, daß man sich strikte an den
Friedensvertrag halten werde, welcher Deutsch-
land nicht verpflichtet, bei der Auslieferung der Vorgesichts-
stellung des Kaisers behilflich zu sein. Die Regierung be-
trachtet Wilhelm von Hohenzollern als einen Privatmann,
der Deutschland verlassen hat und sich nicht mehr unter
ihrer Jurisdiktion befindet.

Der Irrtum des Prinzen der Niederlande.

Man schreibt der „Kreuzzeitung“: Die Erklärung
des Prinzen Heinrich der Niederlande gegen-
über dem Vertreter eines englischen Blattes über die Aus-
lieferung des Kaisers hat die zu erwartende Wirkung bei
unseren Gegnern gehabt. Prinz Heinrich erklärte, Deutsch-
land habe das Versprechen unterzeichnet, den früheren
Kaiser und die anderen Persönlichkeiten dem Gerichtsver-
fahren auszuliefern, und wenn Deutschland deswegen die
Auslieferung forderte, sei Holland dazu verpflichtet. In den
Kreisen der Friedenskonferenz ist nach einer Meldung aus
dem Haag diese Äußerung so aufgefaßt, daß Prinz Heinrich
der Entente damit den Weg weist, auf dem die Auslieferung
zu erreichen wäre. Eine solche Auslegung der Worte des
Prinzen kann nicht überraschen. Er sagt ausdrücklich,
Deutschland hätte die Auslieferung des Kaisers durch den
Friedensvertrag zugesagt; wenn es insolge dessen die Aus-
lieferung von Holland verlangte, wäre die niederländische
Regierung verpflichtet, dem Gesuchen Folge zu geben. Prinz
Heinrich der Niederlande befindet sich jedoch mit dieser Auf-
fassung durchaus in einem Irrtum, der wohl auf
mangelnde Kenntnis des Friedensver-
trages zurückzuführen ist. Deutschland hat sich
keineswegs verpflichtet, den Kaiser aus-
zuliefern. Darüber steht im Friedensver-
trage nicht ein Wort. Im letzten Absatz des Arti-
kels 227 ist vielmehr gesagt, die alliierten und assoziierten
Mächte würden an die Regierung der Niederlande ein Ge-
suchen richten, worin sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum
Zweck seiner Verurteilung auszuliefern. Mit keinem Worte
ist also von einer Auslieferung des Kaisers von Seiten
Deutschlands die Rede. Ein solche Verpflichtung ist auch
nicht etwa aus dem nächsten Artikel, der von der Ausliefe-
rung militärischer Führer handelt, herauszulesen. Denn
diese Auslieferung soll erfolgen wegen Handlungen gegen
die Gesetze und Gebräuche des Krieges. Die Anklage der
Entente gegen den Kaiser wird aber erhoben wegen ange-
legener „schwerster Verletzung des internationalen Sitten-
gesetzes und der geheiligten Macht der Verträge“. Es han-
delt sich also um zwei ganz verschiedene Verfahren, die nichts
mit einander zu tun haben. Hieraus geht hervor, daß die
Äußerung des Prinzen Heinrich der Niederlande auf falschen
Voraussetzungen beruht. Lehnt Holland die Ausliefe-
rung des Kaisers auf Grund des in den Niederlanden
geltenden Rechtes ab, dann kann eine Auslieferung
auf dem Umwege über Deutschland nicht in
Betracht kommen.

Die Rundgebung der deutschen Fürsten.

Die „Kreuzzeitung“ befaßt sich in einem Artikel mit der
Stellungnahme der deutschen Fürsten zur Auslieferung des

Kaisers und sagt dort unter anderem:

Eine geschlossene Phalanx der deutschen Fürstenhäuser, auf berechtigtem Nationalitätsgefühl begründet und auf dem Willen, die Ehre der deutschen Fürstenhäuser zu wahren, wird auch auf gewisse Kreise des Auslandes nicht ohne Eindruck bleiben, wenn auch die Annahme der prinzipiellen Anerbieten durch unsere Feinde zweifelhaft sei. Nach innen aber — und das scheint uns in diesem Falle die Hauptsache — bedeuten diese Kundgebungen für alle monarchischen Kreise geradezu die Erlösung von einem schweren Alpdruck. Denn ein gänzlich Schweigen der deutschen Fürstenhäuser hätten sie nicht verstanden. Die Kaiserthöne stehen für ihren Vater ein; Prinz Heinrich für seinen Bruder; die Prinzen der anderen Häuser für den Repräsentanten der deutschen Fürstenfamilie, der bisher auch der Repräsentant des deutschen Volkes war: Sie alle für den einen! Und wir sind überzeugt, daß sie, wenn sich der Kaiser in ihrer Mitte befinden könnte, keine Schergen an ihn lassen würden, solange ihre Kräfte reichen.

Warum aber hat das deutsche Volk auch die Schmachparagraphen unterschrieben? Weil es nicht mehr fähig ist, wie einstens „alle für einen“ zu stehen. Wie sollte aber das Volk aus diesem Kleinmut herausfinden, wenn die Fürstenhäuser nicht mit gutem Beispiel vorangingen?

Ein schreiendes Unrecht

darf man mit gutem Gewissen die Bevorzugung der Weinfabrikanten und -Genießer bei der Zuckererteilung nennen. Das geht ohne weiteres aus dem hier folgenden kurzen Auszug aus dem Verteilungsplan der Reichszuckerstelle hervor:

Für Weinzuckerung		
1917/18	116 207 Doppel-Ztr.	
Vorkauf, Verteilungsplan 1918/19	150 000 Doppel-Ztr.	
Endgült. Verteilungsplan 1918/19	120 000 Doppel-Ztr.	

Für Einmachezucker		
1917/18	900 000 Doppel-Ztr.	
Vorkauf, Verteilungsplan 1918/19	900 000 Doppel-Ztr.	
Endgült. Verteilungsplan 1918/19	Nichts.	

Angesichts dieser wirklich beklagenswerten Rücksichtslosigkeit gegenüber der großen Masse unseres Volkes, die am Weinbau und Weingenuß, der heute gewissermaßen ein Vorrecht des im Gelde schwimmenden Kriegsgewinnlertums geworden ist, nicht beteiligt ist, dieser Zurücksetzung der Frauen und Kinder ist eine energische Einwirkung auf die Reichszuckerstelle dringend nötig. Wir freuen uns deshalb, heute eine Eingabe des Allgemeinen Deutschen Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus hier veröffentlicht zu können. Wir bitten ferner alle Volksfreunde, die noch nicht ganz gleichgültig gegen alles geworden sind, sich auch ihrerseits schnell und kräftig in dieser Richtung zu betätigen.

Allgemeiner Deutscher Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus, E. B.

Ellen-Bremen, den 10. Juni 1919.

An das Reichs-Ernährungs-Ministerium, Berlin.

An das Reichs-Ernährungs-Ministerium richtet der Allgemeine Deutsche Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus E. B. die dringende Bitte, daß keinerlei Zuckerzuteilungen zur Wein- und Beerenmostherstellung mehr bewilligt werden und daß die Vergärung des diesjährigen Obstes und aller in Frage kommenden Wildfrüchte verboten wird. Zur Begründung dieser Bitte führen wir folgendes an:

Durch die Tagespresse ging in den letzten Wochen wiederholt die Nachricht, daß in diesem Jahre nicht dar-

auf zu rechnen sei, daß den Haushaltungen Einmachezucker gegeben werden könne. Gleichwohl ist auch für dieses Jahr in Aussicht genommen, zur Weinbereitung Zucker freizugeben. Wenn bei dieser Gelegenheit von amtlicher und halbamtlicher Stelle gesagt wird, die geringe Zuckermenge, die zur Weinverbesserung freigegeben werde, spiele im Gesamthaushalt des Volkes keine Rolle, so muß dem entschieden widersprochen werden. Es sind in den vergangenen Jahren fürs Jahr rund 300 000 Zentner Zucker für diese Zwecke hergegeben worden, das macht auf den Kopf der Bevölkerung rund ein halbes Pfund bei einer fünfköpfigen Familie würde das also 2½ Pfund sein. Wenn bei sonstigen Gelegenheiten immer betont wird, es komme jetzt auf jedes Körnchen und auf jede Schale an, so sollte man hier nicht sagen, 2½ Pfund Zucker sei nichts. Man frage einmal in den darbedenden Familien, ob eine Menge von 2½ Pfund Zucker bei den jetzigen trostlosen Ernährungsverhältnissen nicht eine ganz wesentliche Rolle spielen. Mit ungeheurer Freude würde eine solche Zuteilung begrüßt werden.

In den erwähnten Veröffentlichungen wird betont, daß ohne die Freigabe des Zuckers an die Weinfabrikanten der Wein des vorigen Jahres überhaupt nicht genießbar gewesen wäre. Wir fragen: Auch nicht in Form von Trauben oder in Form von Mus oder Kompott? Sollte man sich an den maßgebenden Stellen trotz der Not der Zeit noch immer nicht zu der Einsicht durchringen können, daß man die Weintrauben gar nicht unbedingt zur Herstellung von alkoholischen Getränken verwenden muß, sondern daß man ihren Saft durch Sterilisierung zu einem gesunden, stärkenden Genußmittel, namentlich auch für Kranke, nutzbar machen, daß man sie ferner auch trocken oder als Fruchtmost und dergleichen einmachen kann. Wer einmal Weinbeeren gegessen hat, die wie andere Beeren in Weckgläsern oder dergleichen eingemacht waren, der wird sich überzeugt haben, daß sie so ein vorzügliches Nahrungsmittel darstellen. Die Weinbeeren enthalten, auch wenn sie sauer schmecken, eine große Menge Zucker, im Durchschnitt etwa 16 Prozent. Außerdem enthält die Weinbeere bedeutende Mengen von Mineralstoffen, die für den Aufbau des Körpers höchst wichtig sind. Beim Gärungsvorgang gehen aber 98 Prozent des Zuckers, 99 Prozent des Zuckers und 76 Prozent der Mineralstoffe verloren, so daß der trinkfertige Wein nur einen minimalen Gehalt daran besitzt. Beim Trocken-Verfahren, sowie Sterilisierung des Saftes oder bei Verwendung zu Marmelade und dergleichen bleiben diese Stoffe aber erhalten.

Bei vorurteilsfreier Betrachtung sehen wir uns also vor die Frage gestellt: Sollen wir die Weintrauben in fortschrittlichem Sinne zu Ernährungszwecken verwenden und die gewaltigen Nährstoffmengen erhalten oder sollen wir den Wein zu einem Getränk verarbeiten, dessen Herstellung noch einen Zusatz von 300 000 Zentner Zucker erfordert, der dann durch den Gärungsvorgang samt den ursprünglichen Nährstoffen verloren geht? Wie bei den Weinbeeren, so ist es bei allen übrigen Obstsorten, deren gewerbliche oder private Verwendung zu Obstwein noch besonders hohe Zuschüsse von Zucker erfordert, die der Allgemeinheit ebenfalls entzogen werden, abgesehen von den Früchten an sich. Die Herstellung von Getränken durch den Gärungsvorgang bedeutet immer einen gewaltigen Verlust von Nährwerten.

Wir richten deshalb an die Regierung erneut die dringende Bitte, in diesem Jahre dafür zu sorgen, und sofort Maßnahmen zu treffen, daß alles Obst (Johannis-, Stachel-, Erd- und Heidelbeeren, Kirschen, Äpfel, Birnen, Pflaumen, Weintrauben) nur zur unmittelbaren Ernährung verwendet wird, nicht aber zur Herstellung vergorener Ge-

tränke. Die kapitalistischen Interessen der Weinfabrikanten und Weinhändler, die bisher eine vernünftige Benützung unserer Obsterte zu verhindern gewußt haben, sollten doch endlich einmal gegenüber dem Volkswohl in den Hintergrund gedrängt werden können. Und diejenigen, die ohne ihr Glas Wein bisher nicht leben zu können meinen, werden zweifellos darauf verzichten, wenn ihnen klargemacht wird, daß die Not des Volkes eine solche Maßnahme erfordert.

Hochachtungsvoll ergebenst

Dr. Deibrick,

1. Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Zentralverbandes zur Bekämpfung des Alkoholismus E. B.

Weitere Enthüllungen.

Eine Erklärung des Grafen Czernin.

Nach den Enthüllungen des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis, der es vorgezogen hatte, unter Umgehung des Vatikans mit England durch Vermittelung eines neutralen Diplomaten zu Verhandlungen zu gelangen, äußert sich nunmehr auch der ehemalige österreichische Minister des Auswärtigen Graf Czernin über die Mitteilungen Erzbergers in der Nationalversammlung, die kein erschöpfendes Bild der Vorgänge darstellen würden.

Was seinen von Erzberger erwähnten Geheimbericht vom April 1917 anbelangt, in dem er zu einer Beendigung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte riet, so sei dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und Reichskanzler bestimmt. Es habe damals die begründete Hoffnung bestanden, zu einem Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern, zu gelangen. Von einer nicht verantwortlichen Seite sei dieser Bericht ohne sein Wissen und hinter seinem Rücken Herrn Erzberger, der denselben nicht geheim hielt, übermittelt worden. Er müsse aber ausdrücklich feststellen, daß Herr Erzberger in gutem Glauben vorging und der begründeten Ueberzeugung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln, als er die streng geheimen Tatsachen bekanntgab. Der Inhalt des Berichtes sei durch das Vorgehen Erzbergers zur Kenntnis unserer Gegner gekommen. Er habe von der Uebergabe seines Berichtes an Erzberger erst erfahren, als es zu spät war. Die vom Grafen Wedel jetzt beschriebenen Tatsachen seien aber nur Glieder einer ganzen Kette und einer unverantwortlichen Nebenpolitik, deren Umfang er erst ein Jahr später entdeckte, und die seinen Rücktritt veranlaßte.

Neue Äußerungen des Votschasters Wedel.

Votschaster Wedel sandte den „Hamburger Nachrichten“ folgende Mitteilung: Herr Erzberger hat in Weimar besprochen, daß Graf Czernin ihn veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um ihm Rechenschaft über die Preisgabe seines Berichtes zu geben. In dem in meinem Besitz befindlichen Brief des Grafen Czernin heißt es wörtlich: Erzberger hat seinerzeit Kenntnis von meinem Bericht erhalten und die schwerste Indiskretion begangen. Er kam nach Wien, von mir zitiert, um mir Rechenschaft über sein Vorgehen abzugeben. Er war damals ganz vernichtet und sah seinen kolossalen Fehler ein. Es bestanden über diesen Vorgang nicht nur die Briefe Hohenlohes (gemeint ist der österreichisch-ungarische Votschaster Graf Hohenlohe), sondern auch andere beweiskräftige Dokumente. Das sollte Erzberger bedenken. Der frühere Staatssekretär v. Kühlmann weiß auch die Wahrheit.

Kühlmann fordert den Staatsgerichtshof.

Der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann hält sich persönlich jedoch nicht für befugt, genaue Auskunft über vertrauliche Vorgänge während seiner Amtszeit im Sommer 1917 ohne Ermächtigung des Auswärtigen Ministeriums zu geben,

den Offenbarung mit den Religionen des alten Orients. Die erste Etappe auf diesem Wege ist bezeichnet durch den Namen „Abrahams“. Ihm gegenüber steht Hammurabi, der Gründer der babylonischen Weltmacht. So stehen sich hier gegenüber auf der einen Seite das babylonische, mythologische und polytheistische Religionsystem samt dem Glauben an das über die Welt waltende Schicksal, das in den Sternen sich kund gibt; auf der andern Seite die Offenbarung des einen und lebendigen Gottes. Hier bei Abraham, dem Träger der göttlichen Offenbarung, gewinnt die Verheißung des Erwarteten ein deutlicheres und bestimmteres Gepräge; nicht ein Mensch überhaupt, sondern ein Same Abrahams wird verheißt und erwartet. Mit vollem Recht versteht Paulus die Verheißung an Abraham messianisch. Auf der einen Seite verengert sich die Erwartung; der Umkreis, aus dem der Messias hervorgehen soll, engt sich ein auf die Nachkommenschaft Abrahams. Auf der anderen Seite wird die Erwartung allumfassend; denn in Abrahams Samen sollen gesegnet werden alle Geschlechter der Erde.

Die nächste Station ist bezeichnet durch den Namen „Mose“. Wie es in dem Gesetz heißt: „Du sollst dir kein Bildnis machen von dem, was oben im Himmel ist“; so wird hinzugefügt: „auch nicht von dem, was unten unter der Erde ist“. Der Kampf gegen die Götterreligion geht fort, aber ihm schließt sich an der Kampf gegen den Totenkult, die Zauberei. In beiden bestand die Religion Ägyptens. Ihr gegenüber offenbart sich Jahwe als der lebendige und treue Gott, der sich nicht zwingen läßt, der aber frei seine Gnade spendet und seinen Bund mit Israel schließt und sich ganz ihm gibt. Im Anschluß an diese Geschichte wird Israel verheißt: ein Prophet wie Mose soll ihm geschenkt werden. Auf dieser Verheißung beruht die Hoffnung des neuen Bundes. Von Mose über Jeremias bis zu Jesus. Diese Verheißung gestaltet das Messiasbild wiederum konkreter. Nicht irgend ein Abrahamsame, sondern ein Mann aus Israel, ein Mann wie Mose, wird der sein, der den neuen Bund schließt. Woher und in welcher Gewalt er kommt, das bleibt noch ungewiß.

(Fortsetzung folgt.)

Christus Jesus, der Herr, der einzige Fels im Strom der Geschichte.

Von D. Jaeger.

„Alles ist im Fluß“: diese Losung ist in der badischen Landeskirche ausgegeben worden. Damit ist die feste Offenbarung zugunsten der fließenden Entwicklung der Welt preisgegeben.

Unleugbar besteht die Stärke der modernen Richtung eben darin, daß sie einen einzigen, allumfassenden Gedanken hat: den Entwicklungsgedanken. Dem gegenüber empfinden wir es als einen Mangel und eine Schwäche, daß wir wohl allerlei gute Gedanken haben, aber nicht einen ebenso beherrschenden und den gegnerischen Gedanken überwindenden Gedanken. Wie finden wir unsrerseits diesen einen Gedanken? Antwort: Der größte Mann des deutschen Volkes im vergangenen Jahrhundert, hat uns da die einzig richtige Weisung gegeben, nämlich die Tat! Gegenüber der Behauptung: die ganze Geschichte sei nichts anderes als eine naturhafte Entwicklung, behaupten wir deshalb: Die Geschichte ist die einheitliche, planvolle und mit zielbewußter Energie durchgeführte Tat Gottes. Gegenüber dem Sdritzenlassen der Modernen, behaupten wir die bewußte Tat auch des Menschen. Wo Tat, da Verantwortung, wo Verantwortung, da Schuld, wo Schuld, da Veröhnung, und wo Veröhnung, da Heiligung. Wo hingegen nur Entwicklung ist, da kann von Verantwortung, Schuld, Veröhnung und Heiligung nicht die Rede sein. Das sind Konsequenzen, die heutzutage mit eiserner Notwendigkeit gezogen werden im Denken und im Leben. So zeigt sich in unserm deutschen Volke immer stärker eine Rechte und eine Linke: eine Partei der Tat und eine Partei der Entwicklung. Hinter der Entwicklung steht die Natur, und die Religiosität, die sie etwa noch zeigt, ist der Rausch des Gefühls. Auf der andern Seite steht hinter der Tat, auch des Menschen, der lebendige Gott; die Frömmigkeit ist hier nichterner Glaube.

Was gibt uns den Mut, mit dieser Bestimmtheit und Klarheit gegenüber der andern Seite Stellung zu nehmen? Diesen Mut gibt uns im letzten Grunde die Person Jesu.

Sie ist für uns der feste Punkt, von dem wir vorwärts und rückwärts die Geschichte überschauen und verstehen und von dem wir auch selbst unsern Platz darin entnehmen. Aber wir haben in unserm Thema mit Absicht nicht nur Jesus gesagt, sondern Christus Jesus, der Herr. Denn die Person Jesu hat eine Vorgeschichte und das Leben Jesu hat eine Nachgeschichte. Vor der Geburt Jesu wurde der Christus, d. h. der Messias verheißt und erwartet. Nach seinem Tode ist Jesus auferstanden und erhöht und regiert als der lebendige Herr seitdem die Geschichte. Darum der Ausdruck: Christus Jesus, der Herr! Von diesem wollen wir sprechen. Ihn wollen wir begreifen als den einzigen festen Fels im Strom der Geschichte.

Die Messiaserwartung findet sich als Gegenstück der Gottesanerkennung in irgend welcher Form in den meisten Religionen. Von Alt-Babylonien und den davon abhängigen orientalischen Religionen an bis zum Islam, aber ebenso im Hinduismus, im Buddhismus, auch zu unserer größten Überraschung in ganz niedrigstehenden Religionen Zentralafrikas. Ob man Amida Buddha, ob man den Mahdi erwartet, diese Erwartung ist nicht zu vergleichen mit dem bestimmten Bilde, das in Israel vorhanden war und ist.

Dieses Bild ist nicht auf einmal fertig gewesen, sondern nach und nach gewachsen. Als ob ein großes Riff langsam aus dem Strom hervorstiege, so erhebt sich diese Weissagung aus der Geschichte Israels.

Zunächst wird nur ein Mensch verheißt, ein Weibesame, der einst der Retter und Erlöser sein werde. Wie der Gedanke an den lebendigen Gott, den Schöpfer und Richter der Welt, weithin Menschheitsgedanke ist, so auch diese unbestimmte Hoffnung und Erwartung eines Erretters und Erlösers. In Israel handelt es sich gleich von Anfang an nicht um Erlösung von irgend einem Druck, sondern um die ganz bestimmte Hoffnung auf Überwindung des Satans, der Schlange.

Enthält die Uragschichte des Alten Testaments die Urreligion der Menschheit, so läßt sich die ganze übrige Geschichte heutzutage nur verstehen, als der Kampf der wachsenden

möchte auch bewußt sein. Kühnmann dem Staatsrat des eigentümlichen in können.

Der fr... aus seiner... lung des... zu müssen... bei unbed... der ersten... Verhandlung... Sicherheit... sang des... dem Eintre... Relativität... vor einigen... des päpstlic... Kenntnis da... nete Hau... tertage der... durch Verm... der englisch... mene Schrift... elis und... Hauptausch... ler v. B... ein Plan... werde.

Ein en... maligen Rel... öffentlicher... tion, in de... densverhand... soll, gewinn... tingu“ aus... in den nä... Mährner... schen Gesand...

Unter... Gegenwärt... arbeitsminis... schaftsmis... hat in Wei... faillies fort... rung des... Wiederaufba... rer der... v. Versne... faire, die... faillies auf... find, erhalt... der Verhan...

Der Ob... das Angebot... mann-Hollw... lierten Ger... hat, hat je... Schreiben an... Es wird in... Konferenz d... Opferfreigeb... Angelegenhei... ein Vertrete... hingewiesen... vor einem G... tern der gr... während die... ferung man... der Alliierte...

Die die... dens, onferen... burg geantw... ihn an Kai... stellen, zwar... vor jedoch... lastungszeu... ihm aber ir... seine Mitschu... Die Entente...

Der Obe... Antwort au... rung des G... grenze, in d... und polnis... eingetreten... die Mächtig... festgestellt... Kommission... mung in O...

Die... Deutsche... Entente inne... stehlen an... Spruch hat... würde alle... rung der... genden Forde... den. Welcher... gibt vielleicht... aus Newyork... schloßen hat... um den and... und Polen e... nach Ober... schen und Pol... auszukommen... schen Bergwe... schärfste ge... folge des e... stehlenmangel... wäre es durc... Heitgruppen...

Weinfabrikanten
ntige Benutzung
aben, sollten doch
in den Hinter-
enigen, die ohne
meinen, werden
argemacht wird,
nahme erfordert.

Zentralverbandes
S. B.

gen.

ernin.

den Reichstanz-
gen hatte, un-
und durch Ver-
und mehr auch der
Auswärtigen
Erzberger in
höpfendes Bild

hten Geheim-
n dem er zu
erritoriale
dieser Bericht
Reichstanzler
bedete Hoffnung
gsfrieden,
on einer nicht
Bericht ohne
n Herrn Erz-
st, übermittelte
feststellen, daß
rging und der-
ne seiner Auf-
eng geheimen
Berichtes sei
zur Kennt-
Er habe von
berger erst er-
Grafen Wedel
nur Glieder
rantwort-
g er erst ein
Rücktritt ver-

Wedel.
burger Nach-
berger hat in
ihn veranlaßt
n Reichenschaft
u geben. In
des Grafen
hat seinerzeit
und die
Er kam nach
henschaft über
als ganz ver-
ler ein. Es
r die Briefe
ch andere be-
berger beden-
hmann weiß

htshof.
enfernen von
nicht für be-
die Vorgänge
17 ohne Er-
s zu geben,

alten Orients.
net durch den
ammurabi, der
tehen sich hier
nische, mytho-
samit dem
hischaf, das in
eite die Offen-
s. Hier bei
ung, gewinnt
eres und be-
haupt, sondern
wartet. Mit
an Abraham
die Erwar-
vorgehen soll,
ams. Auf der
end; denn in
e Geschlechter

den Namen
ollst dir kein
mmel ist"; so
unten unter
religion geht
n den Toten-
eligion Agyp-
der lebendige
der aber frei
srael schließt
ese Geschichte
oll ihm ge-
ht die Hoff-
emias bis zu
bild wieder-
me, sondern
ird der sein,
cher Gewalt
ng folgt.)

möchte auch deren Nutzen für unsere Gesamtpolitik
bezußeln Eine wirtschaftliche Klärung erwartet Herr von
Rühlmann nur durch ein Verfahren, wie das vor
dem Staatsgerichtshof geplante, bei welchem an der
Hand des gesamten Aktenmaterials die politischen Ge-
eignisse in ihrem Zusammenhang geprüft werden
können.

Hausmann gegen Michaelis.

Der frühere Reichstanzler Dr. Michaelis hat, wie
aus seiner Erklärung hervorgeht, auf die Vermittle-
lung des Vatikans hauptsächlich deswegen verzichtet
zu müssen geglaubt, weil seiner Ansicht nach nur
bei unbedingter Vertraulichkeit die Befolgung
der ersten Friedensunterhandlungen möglich seien. Die
Verhandlungen über die päpstliche Kurie hätten diese
Sicherheit nicht geboten. Denn bereits bei dem Emp-
fang des Schreibens des Nuntius sei Erzberger von
dem Eintreffen des Angebots unterrichtet gewesen.
Bekanntlich will auch die Oberste Heeresleitung bis
vor einigen Tagen nichts von dem Vorhandensein
des päpstlichen Schreibens gewußt haben. Auch der
damalige Reichstanzler v. Beyer soll in völliger Un-
kenntnis darüber gelassen worden sein. Der Abgeord-
nete Hausmann erklärte hierzu bei der Erörter-
ung der Enthüllungen Erzbergers auf dem Vertre-
tertag der Deutschen demokratischen Partei, daß der
durch Vermittlung des Vatikans im Jahre 1917 von
der englischen und französischen Regierung unternom-
mene Schritt zum Frieden vom Reichstanzler Micha-
elis und seiner Regierung weder dem damaligen
Hauptanschluß des Reichstages, noch dem Vizekanzler
v. Beyer mitgeteilt wurde. Die Regierung trieb
ein planmäßiges Spiel, das erst jetzt enthüllt
werde.

Ein endgültiges Urteil über die Haltung der da-
maligen Reichsregierung wird man erst nach der Ver-
öffentlichung des englischen Telegramms an den Va-
tikan, in dem die Bereitwilligkeit Englands zu Friede-
densverhandlungen mit Deutschland ausgesprochen sein
soll, gewinnen können. Wie die „Frankfurter Zei-
tung“ aus Weimar erfährt, wird die Reichsregierung
in den nächsten Tagen das in dem Schreiben des
Münchener Nuntius erwähnte Telegramm des engli-
schen Gesandten der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Der Frieden.

Wichtige Besprechungen in Weimar.

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten, in
Gegenwart des Ministers des Innern und des Reichs-
arbeitsministers und von Vertretern des Reichswirt-
schaftsministeriums und des Reichsfinanzministeriums
hat in Weimar eine Besprechung über die in Ver-
faßtes fortgesetzten Verhandlungen über die Ausfüh-
rung des Friedensvertrages und besonders über den
Wiederaufbau Nordfrankreichs stattgefunden. Der Füh-
rer der Friedensdelegation in Versailles, Freiherr
v. Persner, und die Geheimräte Schmidt und Ve-
saire, die zur mündlichen Berichterstattung von Ver-
sailles auf kurze Zeit nach Deutschland gekommen
sind, erstatteten eingehenden Bericht über den Stand
der Verhandlung.

Der Entente-Brief an Bethmann.

Der Oberste Rat der Alliierten, der bekanntlich
das Angebot des ehemaligen Reichstanzlers v. Beth-
mann-Hollweg, an Stelle des Kaisers vor einem al-
liierten Gerichtshof zu erscheinen, nicht angenommen
hat, hat seinen ablehnenden Standpunkt in einem
Schreiben an Herrn v. Bethmann-Hollweg begründet.
Es wird in diesem Schreiben ausgeführt, daß die
Konferenz die Motive des Reichstanzlers und seine
Erfertigung voll anerkenne und würdige, daß die
Angelegenheit selbst aber eine derartige sei, daß
ein Vertreter unzulässig sei. Es wird weiter darauf
hingewiesen, daß der Kaiser eingeladen worden ist,
vor einem Gericht zu erscheinen, das aus fünf Rich-
tern der großen Verbandsmächte gebildet worden ist,
während die übrigen Persönlichkeiten, deren Aus-
scheidung man verlangen wird, vor einem Gerichtshof
der Alliierten zu erscheinen haben werden.

Hindenburg als Entlastungszeuge.

Wie die Pariser Blätter berichten, hat die Frie-
denskonferenz dem Generalfeldmarschall von Hinden-
burg geantwortet, daß sie seiner großmütigen Ge-
ste, ihn an Kaiser Wilhelms Stelle vor ein Gericht zu
stellen, zwar volle Anerkennung zolle, sein Ange-
bot jedoch nicht annehme. Sie gestatte ihm, als Ent-
lastungszeuge im Prozeß in London aufzutreten, ohne
ihm aber irgendwie Immunität zuzusichern, falls sich
seine Mitschuld erweisen sollte.

Die Entente-Antwort auf die deutsch-polnischen Ver- handlungen.

Der Oberste alliierte Rat hat den Wortlaut der
Antwort auf die deutsche Note bezüglich Ausfüh-
rung des Friedensabkommens an der deutschen O-
rgenize, in der verlangt wird, daß zwischen deutschen
und polnischen Vertretungen in direkte Verhandlungen
eingetreten wird, genehmigt. In dieser Antwort wird
die Räumung der an Polen abzutretenden Gebiete
festgestellt, und zweitens die Aufgabe der alliierten
Kommission, welche die Ausführung der Volksabstim-
mung in Oberschlesien kontrollieren soll.

Die Kohlenforderungen der Entente.

Deutschland soll bekanntlich auf Verlangen der
Entente innerhalb 10 Monate 17 Millionen Tonnen
Kohlen an Frankreich liefern. Auf den deutschen Ein-
spruch hat ein Vertreter der Entente erklärt, man
würde alle Maßnahmen ergreifen, die zur Durchfüh-
rung der Friedensbedingungen und auch der vorlie-
genden Forderung sich als notwendig erweisen wür-
den. Welcher Art diese Maßnahmen sein werden, dafür
gibt vielleicht die Meldung der „Universal News“
aus Newyork einen Anhalt, wonach die Entente be-
schlossen hat, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und
um den andauernden Kämpfen zwischen den Deutschen
und Polen ein Ende zu machen, alliierte Truppen
nach Oberschlesien zu werfen. Da es den Deut-
schen und Polen bisher nicht möglich war, miteinander
auszukommen, sei die Kohlenförderung der schles-
ischen Bergwerke, der bedeutendsten Europas, auf das
schlimmste gefährdet. Da der für diesen Winter in-
folge des englischen Kohlenarbeiterstreiks drohende
Kohlenmangel außerordentlich besorgniserregend sei,
wäre es durchaus notwendig, daß die alliierten Po-
lizeitruppen zur Erhöhung der Kohlenförderung in

die betreffenden Distrikte entsenden. Nach Aussagen
hervorragender Mitglieder der amerikanischen
Friedenskommission können jedoch vor Ratifizierung
des Friedensvertrages durch den Senat keine ameri-
kanischen Truppen nach Schlesien geschickt werden.

Die Nachricht ist von anderer Seite allerdings
noch nicht bestätigt. Es ist aber, ganz abgesehen
von den Zuständen in Oberschlesien ganz klar, daß
die 17 Millionen Tonnen Kohlen an Frankreich nicht
geliefert werden können, solange die deutschen Berg-
arbeiter nicht wieder in anderer Weise arbeiten, als
dies während der Revolutionszeit der Fall war und ist.

Schuldfragen und deutsche Gewerkschaften.

Die Vortragskonferenz des internationalen Gewerk-
schaftsfongresses, der am Montag in Amsterdam er-
öffnet wurde, hatte eine Auseinandersetzung zwischen
den belgischen und französischen Delegierten mit Be-
ginn gebracht, wobei man von den Deutschen ein Ein-
geständnis ihrer Mitschuld am Kriege verlangt hatte.
Belgien hatte ein solches Geständnis abgelehnt. Um
aber eine Basis für die Wiederaufrichtung der Inter-
nationale zu schaffen, haben die deutschen Delegier-
ten durch Eisenbach eine Entschließung vorlegen las-
sen, in der es u. a. heißt:

„Die Haltung der deutschen Arbeiterklasse bei Ausbruch
des Krieges und während des Krieges war durch die Lage
Deutschlands bedingt. Wir waren überzeugt, daß Deutsch-
land einen Verteidigungskrieg führte, und daß dies
in Deutschland allgemein geglaubt wurde, ist durch die
Tatsache erwiesen, daß auch die Führer der sogenannten
Unabhängigen Sozialdemokratie bei Ausbruch des Krieges die
gleiche Haltung annahmen. Wenn die deutsche Arbeiterklasse
geahnt hätte, daß Deutschland die angreifende Macht war (h)
dann hätte sie zweifellos versucht, den Krieg mit allen
ihren Geboten stehenden Mitteln zu verhindern.“

Auf Antrag der Franzosen wurde eine Kommission
eingesetzt, die eine Resolution über eine neue Inter-
nationale auf breiterer sozialistischer Grundlage mit
stärkeren Garantien für die Zukunft ausarbeiten soll.

Nationalversammlung.

Weimar, 28. Juli 1919.

Die Aussprache über den Staatsgerichtshof.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde der An-
trag des Abg. Löbe (Soz.), den Gesetzentwurf über den
Staatsgerichtshof, der an zweiter Stelle auf der
Tagesordnung steht, mit der allgemeinen politischen
Debatte zu verbinden, mit großer Mehrheit ange-
nommen.

Reichsminister des Innern Dr. David begrün-
dete die Vorlage. Die Frage nach der Schuld am Aus-
bruch des Krieges, nach der Verantwortung für seine
Verlängerung und für seinen Verlust bewegte heute
alle Teile unseres Volkes aufs tiefste und deshalb habe
die Regierung den dringenden Wunsch, daß der Entwurf
eines Staatsgerichtshofes so rasch wie möglich verab-
schiedet wird. Der Minister wandte sich entschieden
gegen eine Verwässerung des Entwurfs, wie es durch
den Antrag Heinze (D. V.) beabsichtigt sei. Dieser An-
trag wünsche, daß unter Ausschluss aller dem Parlament
angehörigen Personen ein Ausschuss eingesetzt werden
soll, der sich zusammensetzen soll aus namhaften Histo-
rikern und parlamentarisch geschulten Juristen. Was
sogenannte Historiker an naiver Oberflächlichkeit und
tendenziöser Vergerung zu leisten vermögen, wenn sie
das Feld der politischen Tagesgeschichte betreten, da-
für habe die Kriegszeit ganz erschreckende Beispiele ge-
liefert. (Sehr richtig.) Der Staatsgerichtshof solle Ge-
schichtsfälschungen unmöglich machen. Er werde ein
wichtiges Mittel für die öffentliche Wahrheitsfürsorge
werden und gewissermaßen ein Gegengewicht gegen den
Gerichtshof der Entente darstellen. Dann kündigte der
Minister an, daß die Veröffentlichung der Waffen-
stillstandsdocumente demnächst erfolgen werde.

Abg. Gothein (Dem.) hält zwar die Indis-
kretion Erzbergers für ein schwerwiegendes politisches
Moment, das unsere damaligen führenden Staatsmänner
zur Vorsicht hätte zwingen müssen. Es sei aber immer-
hin ein Fehler gewesen, daß Michaelis auf die klare
Anfrage des Papstschreibens eine unklare Antwort
gegeben habe. Diese Zweideutigkeit unserer ganzen da-
maligen Politik sei darauf zurückzuführen, daß die Po-
litik der Regierung immer wieder durch die militäri-
schen Machthaber gestört worden sei. Für sehr wichtig
hielt auch er, daß das Telegramm der englischen Re-
gierung bekanntgegeben werde. (Bei diesen Worten
nickte Minister Erzberger.)

Der Abgeordnete verbreitete sich dann sehr aus-
führlich über die Friedensvermittlung Wilsons. Die
Entscheidung über die Erklärung des uneingeschränkten
U-Bootkrieges sei in einer Kabinettsitzung vom 8. Jan-
uar 1917 gefallen, in Abwesenheit Bethmanns und
des Staatssekretärs des Innern. (Sehr. Bewegung.)
Hierauf erwiderte Reichsminister des Innern
Müller auf einige Punkte, die während der Debatte
zur Sprache gekommen waren, u. a. das Verbot der
Anwerbung von Truppen für die Balkenwehr. Der
Minister kam dann auf den Fall Nadel zu sprechen.
Der russische Kommunistenführer Nadel soll freigelassen
werden, sobald die russische Sowjetregierung erklärt
wird, daß er mit ihrer Genehmigung nicht wieder nach
Deutschland zurückkehren wird.

Mit großem Interesse folgte das Haus den Aus-
führungen über die Friedensvermittlung des Reichs-
kanzlers Prinz Max v. Baden, der erst auf ausdrückliche
Forderung der Obersten Heeresleitung, das Friedens-
angebot sofort den Alliierten zu übermitteln, die Waf-
fenstillstandsverhandlungen angebahnt habe. Der Mi-
nister kündigte darauf die Herausgabe eines Weiskubes
über die Friedensaktion des Vatikans an und verlas
im Anschluß daran unter großer Aufmerksamkeit des
Hauses einige Stellen aus dem der päpstlichen Note
beigegebenen Schreiben der englischen Regierung. Dieses
Schreiben sei am 5. September in Berlin eingetroffen,
bereits vorher habe das Auswärtige Amt mit
einem spanischen Diplomaten Fühlung genommen
zu dem Zweck, daß er mit England in Verbindung
trete und über die Bereitwilligkeit der Gegner zu Frie-
densverhandlungen sondiere.

Deutsches Reich.

Die Fertigstellung der Städte-, Landgemein-
de-, Kreis- und Provinzialordnungen. Die Entwürfe einer
Städte-, Landgemein- und Kreis- und Provinzialordnung
sind fertiggestellt und gehen jetzt dem Staatsminis-
terium zu, um beim Wiederauftritt der Landes-
versammlung zur Durchberatung zu gelangen. Allen
Vorlagen gemeinsam ist die Vereinheitlichung der Be-
stimmungen für ganz Preußen (mit Ausschluß der
Hohenzollernschen Lande) und die Durchführung des
demokratischen Prinzips. Das kommunale Wahlrecht
zu den gesetzgebenden Körperschaften ist in allen In-
stanzen das Verhältniswahlrecht. Alle Vor-
rechte der Hausbesitzer und der auswärtigen hochbe-
steuerter Gewerbetreibenden sind aufgehoben. Das
Wahlrecht beginnt mit 20 Jahren für alle, die ein
halbes Jahr in der Gemeinde wohnen. Von der Bevöl-
kerung werden unmittelbar die Stadtverordneten und
Gemeindevorstände gewählt, welche wiederum die Mit-
glieder der Kreis- und Provinziallandtage zu wählen
haben. Die kommunale Souveränität ist zum Prin-
zip erhoben, die freigewählten Körperschaften haben
allein zu bestimmen, während die Magistratsrat ledig-
lich ausführende Organe sind. Bis auf ein
unveräußerliches Minimum sind die Aufsichtsbefugnisse
nicht befristet, Einspruch zu erheben. So fällt z. B.
die Genehmigung und Bestätigung für gewählte Bür-
germeister fort. Nur in ganz wenigen Fällen ist An-
zeige bei der Aufsichtsbefugnisse vorgesehen. Ueber den
Einspruch hat aber nicht die Aufsichtsbefugnisse zu ent-
scheiden, sondern eine Beschwerdebefugnisse für Städte
z. B. der Bezirksausschuss. So sind alle Bestimmun-
gen der neuen Vorlagen auf sehr freiheitlichen und
demokratischen Grundlagen aufgebaut. Das Ganze
stellt sich als eine Fortsetzung der Schöpfung des
Reichs vom Stein dar.

Ein Hilferuf an Moske. Infolge der weiter-
gehenden Hege der Unabhängigen gegen die Soldaten
sowohl in ihrem Organ, der „Freiheit“, als auch in
den öffentlichen Stadtverordnetenversammlungen be-
schlossen die Vertrauensleute sämtlicher Reichswehr- und Grenz-
schutztruppen, ein Telegramm an Moske zu richten,
er möge umgehend nach Königsberg kommen, da sie
keine Verantwortung mehr für die Kameraden über-
nehmen könnten, zumal die „Freiheit“ in immer maß-
loserer, gemeiner werdender Art und Weise hege und
ihre Anhänger direkt zum blutigen Kampfe aufreize.

Die Verkleinerung deutschen Besitzes. Der
demokratische Abgeordnete Dr. Dernburg fragt in der
Nationalversammlung an: Ist der Regierung bekannt,
daß, unterstützt durch den schlechten Stand der Va-
luta, große Kosten von Aktien und in der letzten
Zeit auch größere und mittlere Landgüter in aus-
ländische Hände übergegangen sind? Hieraus kön-
nen erhebliche Gefahren für die deutsche Wirtschaft
entstehen. Ist die Regierung bereit, auf dem Wege
der Gesetzgebung Vorkehrungen zu treffen, um solchen
Gefahren vorzubeugen?

Zur internationalen Sozialistenkonferenz in Lu-
zern, die am 1. August beginnt, entsendet die So-
zialdemokratische Partei Deutschlands als ihre Ver-
treter den Parteivorsitzenden Otto Wels und Hermann
Mollenhuth. Von der Unabhängigen Sozialdemokra-
tie werden unter anderen die beiden Vorliegenden Hugo
Haase und Crispien, ferner Kautsky und Oskar Cohn
nach Luzern reisen.

Unter der Fremdherrschaft. In Speyer und
Ludwigshafen wurden Proklamationen der französi-
schen Kommandobehörden erlassen, welche die Veröf-
fentlichung aller deutschen Gesetze in Zukunft von der
Erlaubnis der französischen Militärbehörde abhängig
machen. — Die französische Befehlshaberbehörde hat in
der Rheinpfalz bedeutende Requisitionen an Ernter-
tragnissen in Aussicht gestellt. Den Bezirken Berg-
zabern, Landau und Birmaens wurde die Verpflichtung
auferlegt, über 50 000 Doppelzentner Heu innerhalb
eines Jahres, bis zum 1. August 1920, an die Be-
fehlsbehörde abzuliefern. Jede Ausfuhr von Heu
und anderen Futtermitteln aus diesem Bezirk wurde
verboten. Auch auf einen Teil der Körnernte wurde
von den Franzosen im voraus Beschlag belegt.

Ausland.

Polen: Polnische Sorgen.

Die in Danzig erscheinende „Gazeta Wdauska“ ist in
großer Sorge darüber, daß die deutsche Verwaltung noch
vor der Uebergabe der abzutretenden Gebiete das deutsche
Staatsgebiet rechtzeitig in Sicherheit bringt. Anzüglich
sollen alle sich im Seehafen befindlichen Kriegsschiffe, wie
überhaupt alle sich an der Mündung der Weichsel und der
Nogat aufhaltenden Schiffe mit holländischen Farben über-
malen und mit holländischen Firmenauflagen versehen wor-
den sein, sogar die gemäß des Friedensvertrages abmon-
tierten und auseinandergenommenen Unterseeboote, sodaß
von ihnen nur Teile am Gestade liegen, wurden an Hol-
land verkauft. Polen werde, wenn es die kommerzielle
Küste übernommen haben wird, diese völlig leer finden
obwohl der von den Deutschen angenommene Friedensver-
trag etwas anderes bestimmt.

Oesterreich: Gegen die Ententebedingungen.

In Wien lauten Bemerkungen, die großdeutsche Ver-
einigung zum Eintritt in die Regierungsallianz zu be-
wegen, was diese aber grundsätzlich ablehnt, da sie die
territorialen Bedingungen der Entente unter keinen Um-
ständen für annehmbar hält. Auch in der Regierungs-
allianz werden sich aus den Provinzen, die Gebiete abzu-
treten haben, wie Oesterreich und Tirol, viele Abgeordnete
der schlechtesten Abstammung über den Frieden entweder
enthalten, oder gegen die Unterzeichnung stimmen, so daß
sich nur eine ganz geringe Mehrheit für die Unterzeichnung
des Friedensvertrages finden wird. Der österreichische
Staatskanzler Renner hat die Alliierten um eine Ver-
längerung der für die Ermöglichung des Friedensvertrages
festgesetzten Frist gebeten.

Ungarn: Die Entente gegen Bela Kun.

Der Oberste Rat der Alliierten richtete einen Funk-
spruch an das ungarische Volk, in dem es u. a. heißt:
„Die alliierten und assoziierten Regierungen haben den
dringenden Wunsch, mit dem ungarischen Volk Frieden zu
schließen und dadurch einem Zustand ein Ende zu bereiten,
der den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mitteleuropas un-
möglich macht und ein Hindernis ist für jeden Versuch,
die Bevölkerung zu ernähren. Es ist aber unmöglich,
dieses Werk zu beginnen, bevor Ungarn eine Regierung
hat, die das Volk vertritt und die die zwischen ihm

und den affollierten Regierungen getroffenen Verpflichtungen dem Worte und dem Geiste nach erfüllt. Das Regime Bela Kun entspricht in keiner Weise diesen Bedingungen. Wenn Lebensmittel und sonstige Verpflegungsgüter geliefert werden sollen, wenn die Blockade aufgehoben, das Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaus unterommen und schließlich der Friede wiederhergestellt werden soll, so kann das nur mit einer Regierung geschehen, deren Autorität sich nicht auf den Terror stützt."

Rumänien: Rückzug der Ungarn hinter die Theiß.
Die ungarische Offensive gegen die Rumänen ist bald zum Stehen gekommen. Nach rumänischen Meldungen sind die Rumänen zur Gegenoffensive übergegangen und haben die Magyaren nach kaum zweitägigem Kampf über die Theiß zurückgeworfen. Die Verfolgung der roten Armee, die sich in größter Unordnung zurückzieht, schreitet fort. Teile der ungarischen Truppen fanden beim Ueberqueren der Theiß den Tod in den Fluten. Die Rumänen haben zahlreiche Gefangene sowie große Beute an Kriegsmaterial gemacht.

Local- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 30. Juli 1919.

Kriegsgefangenenpende. Zum Besten unserer aus der Gefangenschaft heimkehrenden Kriegsgefangenen sind weiterhin auf das Konto: „Kriegsgefangenenpende“ bei der Dresdner Bank, Filiale Münster i. W., eingegangen: vom Landgericht Bielefeld 77 Mark.

Anmeldung zur Selbstversorgung in Brotgetreide im Land- und Stadtkreis Bielefeld. Wer im Wirtschaftsjahr 1919/20 Selbstversorger werden will, muß mindestens 216 Pfund Brotgetreide (Roggen, Weizen) selbst ernten. Diese Menge entspricht dem Bedarfsanteil eines Selbstversorgers nach dem monatlichen Satz von 9 Kilo, gerechnet für die Zeit vom 1. August 1919 bis 15. August 1920.

Der Brotgetreidebezeuger kann nur für soviel Personen seiner Wirtschaft die Selbstversorgung beantragen, als er hiernach mit Brotgetreide eigener Ernte eingedeckt ist. Der Verkauf von Brotgetreide mit der Zweckbestimmung, die Selbstversorgung überhaupt oder in erweitertem Umfang zu ermöglichen, ist durch die Ausführungsanweisung zur Reichsgetreideordnung vom 18. Juni 1919 untersagt.

Der Antrag auf Erteilung der Selbstversorgung ist auf besonderem Druckmuster, im Landkreise bei den Brotbuchausgabestellen, im Stadtkreise im Rathaus Nr. 43, zu stellen.

Die Druckmuster werden dort vom 1. August 1919 ab vorrätig gehalten. Sie sind sofort gewissenhaft auszufüllen und von einer erwachsenen Person bis spätestens Dienstag, den 5. August 1919 an die Ausgabestellen zurückzugeben.

Anträge auf Erteilung der Selbstversorgung, die nach dem 5. August bei den Ausgabestellen eingehen, können keine Berücksichtigung mehr finden.

Verkauf von Fleisch und Wurstwaren im Stadtkreis Bielefeld. In der Woche vom 28. 7. bis 3. 8. 1919 werden an die versorgungsberechtigte Bevölkerung ausgegeben: Gegen Abgabe der Marken 1-10 der braunen Reichsfleischkarten (des Stadtkreises) 150 Gramm frisches Fleisch (Rind- oder Kalbfleisch), das Rindfleisch zum Preise von 90 Pfg. für 150 Gramm, das Kalbfleisch zum Preise von 78 Pfg. für 150 Gramm und 50 Gramm Wurst zu den bekannten Höchstpreisen. — Hülsenfrüchte gelangen in dieser Woche nicht zur Ausgabe. Die Erhöhung der Fleischration ist wegen der Kartoffelknappheit erfolgt.

Verkauf von Fleisch und Wurst an die Einwohner des Landkreises Bielefeld. In der Woche vom 28. 7. bis 3. 8. werden an die fleischversorgungsberechtigte Bevölkerung des Landkreises ausgegeben: Gegen Abgabe der Marken 1-10 der elfenbeinfarbenen Reichsfleischkarte: 150 Gramm frisches Fleisch (Rind- oder Kalbfleisch), das Rindfleisch zum Preise von 90 Pfg. für 150 Gramm, das Kalbfleisch zum Preise von 78 Pfg. für 150 Gramm und 50 Gramm Wurst zu den bekannten Höchstpreisen. Gegen Ablieferung der roten Reichsfleischkarte: 100 Gramm frisches Fleisch (Rind- oder Kalbfleisch), das Rindfleisch zum Preise von 60 Pfg. für 100 Gramm, das Kalbfleisch zum Preise von 52 Pfg. für 100 Gramm und 50 Gramm Wurst zu den bekannten Höchstpreisen.

Unverzinsliche Reichsschatzwechsel bei Käufen von Militärgut. Das Reichsfinanzministerium will vielfachen Wünschen aus Interessentkreisen entgegenkommen, indem es bei der Veräußerung von Militärgut künftig auch unverzinsliche Reichsschatzwechsel als Zahlung zuläßt. Diese sollen nicht bloß für bewegliches Heeresgut, sondern auch bei dem Verkauf von Immobilien, deren Kaufpreise bisher nur in barem Gelde beglichen werden durften, in Zahlung genommen werden. Festverzinsliche Staatsanleihen und Kriegsanleihen sind bisher und werden auch zukünftig für die Bezahlung von Immobilien nicht herangezogen werden. Die unverzinslichen Reichsschatzwechsel werden zum Nominalwert abzüglich des Diskonts vom Tage der Einlösung bis zum Tage der Fälligkeit angenommen. Der Diskont wird nach den Originalkautionsbedingungen berechnet. Von dem Nachweise des unmittelbaren Erwerbs ist der Käufer bei der Hereinnahme der unverzinslichen Reichsschatzwechsel befreit.

Eine neue Volkszählung. Die Veränderungen im Bevölkerungsstand im Reich sind in der letzten Zeit so erheblich, daß die bei der letzten Volkszählung am 5. Dezember 1917 ermittelten Zahlen nicht mehr als zuverlässige Unterlagen für die Verteilungsmaßnahmen des Ernährungsministers angesehen werden können. Die für den 4. Dezember 1918 angeordnete Volkszählung konnte wegen der Demobilmachung nicht durchgeführt werden. Die Regierung hat daher jetzt beschlossen, für Mittwoch, den 8. Oktober d. Js., eine neue Volkszählung vorzunehmen. Die Zählung wird in ähnlicher Weise wie im Jahre 1917 durchgeführt werden. Für jeden Haushalt ist eine Haushaltszettel auszufüllen, in der alle in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 1919 in der Haushaltung anwesenden Personen und in einem besonderen Abschnitt auch alle vorübergehend abwesenden Personen einzutragen sind. Die Zählung soll in erster Linie die Unterlagen für eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel bieten. Für die bei der Zählung über die Persönlichkeit des einzelnen gewonnenen Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren.

Schildebese. (Felddiebstähle.) Da in letzter Zeit die Felddiebstähle im hiesigen Niederrhein in erschreckender Weise zugenommen haben, so haben die Interessenten, um weitere Schäden abzumenden, sich entschlossen, des Nachts Posten dort auszustellen. Es dürfte sich daher empfehlen, vom Beginn der Dunkelheit ab das Betreten des Niederrheins so viel wie möglich zu vermeiden, um keinen falschen Verdacht zu erregen.

Kleine Nachrichten.

In Berlin sprang die 29-jährige Ehefrau eines Telegraphenarbeiters im Ziehwagen aus einem Fenster ihrer Wohnung vier Stockwerke tief in den Hof hinab. Sie blieb mit gebrochenem Genick tot liegen.

In Tilsit sind beim Baden im Memelstrom zwei Mädchen ertrunken. Ein Soldat, der ihnen zu Hilfe kommen wollte, fand gleichfalls den Tod.

In Osnabrück bei Warburg wurde der Polizeidiener Mogge von einem Schleichhändler ermordet, den er festnehmen wollte. Der Täter ist entkommen.

Die Truppen des Generals Märker, die seit Anfang Mai in Leipzig waren, haben Leipzig verlassen bis auf ein kleines Detachement sächsischer Truppen, die zum Schutz der Stadt zurückgeblieben sind.

Letzte Nachrichten.

Die Stimmung des Biererrates vor der Unterzeichnung.

Von zuverlässiger, wohlunterrichteter englischer Seite erfährt der Genfer Korrespondent der „Telegraphen Union“ über die Stimmung, die am 23. Juni, dem Tage an welchem Deutschland von den Alliierten Bedenkfrist zur Annahme des Friedensvertrages erhalten hatte, im Biererrat herrschte. Der Biererrat hatte sich damals um 2 Uhr zu einer Sitzung vereinigt, um die Antwort der deutschen Regierung abzuwarten. Es herrschte die größte Spannung bei den vier Ministern darüber, wie sie ausfallen werde. Im großen und ganzen erwartete man die Ablehnung des Vertrages. Als gegen vier Uhr die Antwort immer noch nicht eingeetroffen war, entspann sich eine allgemeine Diskussion über die Deutschland eventuell zu gewährenden Milderungen. In der Befürchtung, Deutschland werde nicht annehmen, entschloß sich der Biererrat, einige Milderungen eintreten zu lassen. So sollte bestimmt auf die Auslieferung des Kaisers und wahrscheinlich auch auf die der mit angelegten Offiziere verzichtet werden. Um 4 Uhr 20 Minuten wurde mit der Abfassung einer entsprechenden Depesche an die deutsche Regierung begonnen. Bevor diese Abfassung beendet war, traf um 4 Uhr 40 Minuten die offizielle Mitteilung von Deutschland von der bedingungslosen Annahme ein, durch welche die Abwendung der eben abgefaßten Depesche hinfällig wurde.

Wilson beugt sich dem Willen des Senats.
Wilson hat angeblich versprochen, die Vorbehalte der gemäßigten Republikaner gegen den Friedensvertrag und das Statut des Völkerbundes in ernste Erwägung zu ziehen. Die Vorbehalte betreffen vornehmlich die Abmachung mit Japan bezüglich Schantung, die Monroe Doktrin, die Einwanderungsgeetze und das Recht Amerikas, sich zu jeder Zeit bedingungslos von dem Völkerbund zurückziehen zu können. — Wie der „Secolo“ aus Paris erfährt, herrscht in den dortigen politischen Kreisen nicht geringe Sorge wegen der Haltung des amerikanischen Senats, sowohl in der Frage des Friedensvertrages, als auch bezüglich des Bündnisses zum Schutze Frankreichs. Eine Ratifikation des Friedensvertrages erscheint für Frankreich so lange unangebracht, wie die völlige Tragweite der vom amerikanischen Senat beabsichtigten Abänderungen noch unbekannt sei.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. K. A. B. Bielefeld. — Druck: Dr. K. A. B. Bielefeld. — Fernsprecher: 115. — Amt Linz.

Zahnpraxis W. Heidbrede
Bielefeld, Grabenstraße 22.
Sprechstunden: Vorm. 9-1, nachm. 2-7 Uhr.

Fahrradhaus Biermann,
Herford, Gänsemarkt 7.
Fahrräder
mit In- und Auslandsgummi.
Decken, Schläuche, Zubehörteile. — Fernsprecher 426.

Telegramm-Adresse: Schwaborn Linzrheine.
Größere Posten 18er
Pfalz- u. Rheinweine
glanzhell abzugeben.
Deidesheimer Mk. 6.75 p. Fl. exel. Glas u. K. 9
Gutenberger Mk. 7. — p. Fl. gegen Kasse
Dürkheimer Rot Mk. 7.50 p. Fl.
— Angebot freibleibend. —
Heinr. Schwaborn
Weinkellerei
Linz a. Rhein.
Fernsprecher Amt Linz 115.

Matten
sind wieder vorrätig bei
Adolf Mühlenweg, Bielefeld.
Nähmaschinen
Fahrräder
Waschmaschinen
Korperaturen in u. außer dem Hause.
G. Schnabel, Bielefeld.
Detmolderstraße 61.
Bestellung per Postkarte genügt.
Untersekundaner
(16 1/2, 3), gel. und kräftig, mit Garten- und Bureauarbeit vertraut, sucht für 5-6 Wochen Beschäftigung auf einem Gut gegen freie Station. Gef. Angeb. an Burtländer Stamm, Bethel b. Bielefeld.
Erholungsbedürftige
finden monatlich und lebenslangliche freundliche Aufnahme bei guter Verpflegung und billiger Preise. Sommer und Winter. In schöner Lage direkt am Walde. Anfragen Rudolph beilagen.
Gustav Kraut, Kunkelsteiner Mühle, Post Rod a. d. Weile (Saarland).
Sie müssen unbedingt lesen:
Das Jenseits
eine gläubige Erfahrungswissenschaft, kein Phantasieprodukt. Mk. 2.75 franko Voreinsendung oder Mk. 3. — Nachnahme.
Blatt: euz-Verlagsbuchhandlung
Paul Enigk, Prenzlau.

H., den 13. 7. 19.

Sehr geehrter Herr Weiß!

Seit längerer Zeit litt ich an Kopfschuppen und starkem Haarausfall.

Nach vielen vergeblichen Versuchen zur Heilung ging ich zu Ihrer Weiß Haarpflege und fand dort nach sehr kurzer Zeit Heilung von den lästigen Schuppen und dem Haarausfall. Ich kann deshalb Weiß Haarpflege jedem Haarkranken sehr empfehlen.

Hochachtung
H. E.

Schuppen, Morousfall
besorgt sicher
Ernst Weiß rationelle Haarkur
in Anwendung
Weiß Haarpflege
Viktoriastr. 10
Versand nach auswärts.
Bei schriftlichen Bestellungen erbiten Beschreibung.
Viktoriastr. 10
Bielefeld

S., 15. Juli 1919.

Sehr geehrter Herr Weiß!

Da ich seit einigen

Wochen an starkem Haar-

ausfall litt, sehe ich zu

meiner größten Freude, daß

Ihre Haarkur bei mir den besten

Erfolg hatte. Werde Sie allen

Freunden und Bekannten bestens

empfehlen.

Hochachtungsvoll

Fräulein L. B.